



Interviews

Streit um Kindergrundsicherung

Interview mit SPD-Chefin Saskia Esken

"Informationen am Morgen", 4.7.2023, 7:15 Uhr

Stefan Heinlein: Am Telefon in der Hauptstadt nun die SPD-Parteivorsitzende Saskia Esken. Guten Morgen nach Berlin!

Saskia Esken: Guten Morgen, Herr Heinlein.

Heinlein: Bevor wir über Haushalt und die Grundsicherung reden, Frau Esken, vielleicht die unbequeme Frage am besten gleich zu Beginn. Die Kanzlerpartei SPD in den Umfragen jetzt nur noch auf Platz drei, mit 17 Prozent noch hinter der AfD. Wird das ein Sommer des Missvergnügens für Sie und Ihre Genossen?

Esken: Wir bleiben bei guter Arbeit und bei sozialer Politik und damit tun wir erstens das Richtige und zweitens gehen wir davon aus, dass die Wählerinnen und Wähler als Bürgerinnen und Bürger da auch die Zustimmung für geben werden.

Heinlein: Ihr Co-Vorsitzender Lars Klingbeil hat aber vergangene Woche erklärt, der wochenlange Streit in der Ampel um das Gebäudeenergiegesetz, die Wärmepumpen, das Heizungsgesetz, sei ein Grund für das Umfragetief der Ampel und auch das Umfragetief der SPD. Was folgt für Sie aus dieser Fehleranalyse? Wie zufrieden sind Sie, wie es derzeit läuft innerhalb der Ampel-Regierung?

Esken: Ich stimme dieser Analyse zu, habe die selbst auch schon so geäußert. Es ist schon klar, dass das nicht geholfen hat und dass wir in Zukunft – das wünschen wir uns alle – wieder zu dem Spirit, zu dem Geist der Ampel-Koalition zurückkehren, die sich ja der Gestaltung des Fortschritts verschrieben hat und die jetzt nach vielen Monaten der Krisenbewältigung auch nach vorne schauen muss und die Dinge im guten Konsens, auch hier und da mal in der Auseinandersetzung in der Sache nach vorne bringen muss.

Heinlein: Der Spirit der Koalition in allen Ehren, Frau Esken, aber nun erneut eine schwere politische Geburt. Wochenlang gab es ja Streit um die Pläne für eine Kindergrundsicherung. Jetzt hat man die Fragen vertagt. Nach der Sommerpause soll die Sache vom Tisch sein. Bis Ende August, heißt es jetzt, so die Familienministerin. Teilen Sie diese Zuversicht von Lisa Paus?

Esken: Nicht alles, was nicht in der Öffentlichkeit verhandelt wird, ist nicht besprochen. Das heißt, es gibt Eckwerte, auf die man sich in der Koalition bereits verständigt hat, Eckpunkte vor allem. Das gemeinsame Ziel ist ja, die Kinderarmut in Deutschland, wirklich beschämend für unser reiches Land, zu überwinden, und da ziehen wir alle gemeinsam an einem Strang. Die Kindergrundsicherung ist im Koalitionsvertrag ja vereinbart als Ziel. Wir haben zum Anfang des Jahres ja bereits Kindergeld und Kinderzuschlag wesentlich erhöht. Damit sind finanzielle Eckwerte in Teilen auch schon gesetzt. Und welche weiteren Leistungsverbesserungen da jetzt (und auch Kosten) mit verbunden sind – das sind ja auch Kosten für die Einrichtung der Behörde, die dann zuständig sein soll für die Berechnung der Kindergrundsicherung, für die Administration und für die Digitalisierung auch der Verfahren, was ja ganz bedeutend ist -, das wird man jetzt in den nächsten Wochen zu definieren haben. Die Familienministerin ist da in der Pflicht und macht sich jetzt auch dran.

Heinlein: Sind es denn nach Ihrer Wahrnehmung tatsächlich nur noch ein paar kleine Dinge, die jetzt noch zu klären sind bei der Kindergrundsicherung? So hat es ja Lisa Paus gestern bei den Kollegen der ARD-Tagesthemen erklärt.

Esken: Ja, das ist tatsächlich so, denn zu den grundsätzlichen Fragen besteht Einigkeit. Jetzt geht es um die Details. Deswegen hat Olaf Scholz, der Bundeskanzler, jetzt sie damit beauftragt, auch über den Sommer einen konkreten Gesetzentwurf zu entwickeln und auch Alternativen durchzurechnen für die Leistungsverbesserungen, die sie sich vorstellt, die wir uns alle gemeinsam auch vorstellen, so wie sie vereinbart worden sind, damit man dort zu einer Entscheidung kommen kann.

Heinlein: Können Sie uns erklären, warum der Kanzler an seine Kabinettskollegin einen Brief schreiben muss? Warum muss er das schriftlich machen? Warum kann er nicht am Kabinettschreibtisch sagen, Frau Ministerin Paus, ich möchte jetzt bis zu dem Datum eine Entscheidung haben und jetzt nicht die Last Minute Politik bis über die Sommerpause?

Esken: Aus einem mündlichen Vortrag am Kabinetttisch könnten Sie ja gar nicht zitieren. Deswegen ist es doch schön, wenn das jetzt schriftlich vorliegt. Insofern haben wir jetzt alle Klarheit. Es ist aber in den letzten Monaten schon intensiv verhandelt worden über die Eckpunkte, auf die wir uns jetzt geeinigt haben, wo alle Koalitionsfraktionen auch damit einverstanden sind. Jetzt gehen wir ins Detail. Jetzt geht die Ministerin ins Detail. Dann liegt ein konkreter Gesetzentwurf vor und, wie gesagt, die Alternativen und dann entscheiden wir.

Heinlein: Aber wenn sich jetzt Lisa Paus hinstellt in einem Interview und sagt, stolz erklärt, ich habe den Kanzler auf meiner Seite, er hat mir einen Brief geschrieben, dann kann man auch den Eindruck bekommen, es gibt ordentlich Ärger am Kabinetttisch. Christian Lindner scheint ja dann allein auf der anderen Seite zu stehen, ohne den Kanzler.

Esken: Christian Lindner und die FDP sind gemeinsam mit der gesamten Koalition davon überzeugt, dass es die Kindergrundsicherung braucht, dass es notwendig ist, dass Kinder aus der Armut geholt werden, dass sie auch nicht als kleine Erwerbslose, so die Eltern erwerbslos sind, behandelt werden, sondern dass sie einen eigenständigen Anspruch auf eine Grundsicherung haben, auf eine eigene Grundsicherung, die ihnen auch ein Leben mit guter Zuversicht für eine gute, selbstbestimmte Zukunft ermöglicht. Da machen wir uns jetzt gemeinsam auf den Weg.

Heinlein: Aber wenn man gestern Lisa Paus zugehört hat, da war sie ja recht schwammig, was das Finanzvolumen und auch die Finanzierung dieser Grundsicherung anbelangt. Zwischen zwei und zwölf Milliarden Euro – das ist ja eine gewaltige Spanne. Wie sieht das denn Ihre Partei?

Esken: Das habe ich eher als scherzhafte Anmerkung empfunden. Die zwölf Milliarden, die sie Anfang des Jahres genannt hat, sind ja in Teilen bereits erfüllt, weil der Garantiebetrug, das Kindergeld, ja schon auf 250 Euro erhöht wurde, der maximale Kinderzuschlag ebenso auf 250 Euro. Da sind ja fast sechs Milliarden Euro bereits verbucht.

Wenn wir jetzt es erreichen, dass wesentlich mehr Eltern auch den Zusatzbetrag in Anspruch nehmen, wenn wir heute etwa von einer Inanspruchnahme von gerade mal 35 Prozent bei dem Kinderzuschlag ausgehen, und wir wollen in Zukunft, so ist es vereinbart, wenigstens 90 Prozent erreichen, dann kann man sich vorstellen, dass da Mehrausgaben drinstecken alleine im bereits bestehenden Anspruch auf den Kinderzuschlag. Dann sind weitere Leistungsverbesserungen durch die Neuberechnung des sozioökonomischen Existenzminimums abzusehen. Aber da müssen Alternativen durchgerechnet werden und dann wird man sehen, worauf man kommt. Die zwei Milliarden, haben Sie selbst auch im Beitrag zitiert, sind ein

Merkposten, sind ein Platzhalter, weil man in der mittelfristigen Finanzplanung auch was ansetzen muss. Aber das ist keine Kalkulation des Endbetrages.

Heinlein: Wenn Lisa Paus, wie Sie sagen, jetzt Scherze macht im ARD-Interview und über die Milliarden-Summen redet, scheint es ja der Finanzminister ernst zu meinen mit seinen zwei Milliarden. Ansonsten müsse die Ministerin sagen, woher die restlichen zehn Milliarden kommen.

Esken: Nein! Der Finanzminister hat auch gesagt, dass es sich da um einen Merkposten handelt, nicht um einen konkreten und festgelegten Betrag. Auch Herr Fricke hat ja, wie ich gerade in Ihrem Beitrag hören konnte, das noch mal deutlich gemacht. Das ist nun ein Vorsorgeposten, aber wieviel es konkret am Ende werden wird, das müssen wir jetzt gemeinsam verhandeln. Dazu werden die Alternativen gerechnet und am Ende des Monats August, am Ende der Sommerpause haben wir darüber Klarheit und dann haben wir die Möglichkeit, eine Entscheidung zu treffen.

Heinlein: Okay! Warten wir es ab. – Blicken wir auf das, was morgen ansteht. Der Haushalt wird im Kabinett beschlossen. Nach übereinstimmenden Berichten soll die Neuverschuldung im kommenden Jahr bei rund 16 Milliarden Euro liegen. Die Grundgesetz-Schuldenbremse soll wieder eingehalten werden. – Streicht denn der Finanzminister nach Ihrer Meinung an den richtigen Stellen?

Esken: Der Finanzminister und der Bundeskanzler haben mit den Fachministern jetzt Eckpunkte zum Haushalt vereinbart. Das heißt, die einzelnen Ministerien haben jetzt Klarheit darüber, welche Finanzmittel ihnen zur Verfügung stehen. Innerhalb der Ministerien ist ja da ein Stück weit auch Gestaltungsspielraum, wofür das Geld ausgegeben wird. Aber am Ende – und das müssen wir vielleicht noch mal hier deutlichmachen – ist Haushaltsgesetzgeber der Bundestag. Das heißt, dieser Haushaltsentwurf, der jetzt morgen im Kabinett beschlossen werden soll, der wird dann im Bundestag beraten, und dort haben die Parlamentarier und Parlamentarierinnen ja auch noch ein Wörtchen mitzureden.

Heinlein: An welchen Stellen werden denn die Parlamentarier, vor allem die SPD-Parlamentarier jetzt noch ein Wort mitreden? Wo wollen Sie noch Änderungen erreichen?

Esken: Für uns ist ganz entscheidend, dass das Gleichgewicht der Ausgaben für Verteidigung und für Entwicklungszusammenarbeit beispielsweise aufrechterhalten wird. Für uns ist es entscheidend, dass keine Leistungsminderungen mit Sparvorgaben verbunden sind. Darauf werden wir scharf zu achten haben und wir wollen auch weiterhin ermöglichen, dass diese Koalition in die Zukunft investiert, dass sie ermöglicht, dass auch die sogenannte Transformation, die wichtigen Veränderungen, inmitten derer wir schon stecken, die Dekarbonisierung, die Digitalisierung, auch der demographische Wandel, dass die gestaltet werden können und dass wir nicht nur den Mangel verwalten, in diesem Fall den Mangel an Geld.

Heinlein: In die Zukunft investieren, sagen Sie, Frau Esken. Das kostet Geld. Braucht es Steuererhöhungen, um das zu finanzieren?

Esken: Es ist ganz klar, dass die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen der Auffassung sind, dass sehr, sehr hohe Einkommen und sehr, sehr hohe Vermögen einen höheren Beitrag leisten könnten und sollten, dass das richtig wäre, um diese Finanzierung auch der Zukunft möglichzumachen, einen angemessenen Beitrag zum Gemeinwesen zu leisten. Dass wir da in der Koalition mit dem Koalitionspartner FDP keine Einigkeit erzielen konnten in den Koalitionsverhandlungen, ist klar. Dennoch bauen wir weiter auf die Kraft des Arguments und tragen das auch regelmäßig vor. Die Einnahmeverbesserungen, die sich von alleine ergeben durch wirtschaftliches Wachstum, was üblicherweise der Weg vielleicht auch des Koalitionspartners FDP wäre, ist ein Prinzip Hoffnung, das wir so alleine nicht für wirksam halten, aber da sind wir weiterhin im Gespräch.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.